

Der Fall Edathy

„Wir fordern Aufklärung“

In einer aktuellen Stunde befasste sich der Bundestag am vergangenen Mittwoch mit dem Fall Edathy. Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Gerda Hasselfeldt bedauerte den Rücktritt von Hans-Peter Friedrich wegen der Weitergabe einer vertraulichen Information an SPD-Chef Sigmar Gabriel.



Foto: picture alliance/dpa

Pressestatement nach der Anhörung im Innenausschuß des Bundestages.

Bei seiner Rede im Plenum unterstrich Landesgruppenmitglied Stephan Mayer als Vorsitzender der AG Innen der CDU/CSU-Fraktion, dass es sich bei dem zurückgetretenen Minister Hans-Peter Friedrich, um einen „integren und rechtschaffenen“ Kollegen handle, der sich „moralisch vollkommen anständig verhalten“ habe. Er habe die Bundesregierung sowie die Bundesrepublik vor Schaden bewahren wollen, so Mayer. Ob sein Verhalten strafrechtlich relevant sei, müsse „an anderer Stelle“ geklärt werden. Es gebe innerhalb der CSU jedoch „große Entrüstung und Enttäuschung“, dass Friedrich aufgrund des Verhaltens des ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Edathy habe zurücktreten müssen. Es gehe nun darum, genau aufzuklären, wie es zu alledem gekommen sei; der „Ball liegt im Spielfeld der SPD“. Die müsse nun plausible Antworten geben und verlorengegangenes Vertrauen wiederherstellen. Zudem stelle sich die Frage, ob nicht der entsprechende Strafrechtsparagraf zur Verbreitung und dem Erwerb kinderpornografischer Schriften verschärft werden müsse.

Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt bedauerte den Rücktritt von Hans-Peter Friedrich ausdrücklich. „Er war der richtige Mann im richtigen Amt. Ob der Rücktritt aus juristischer Sicht notwendig war, werden wir wahrscheinlich erst in einigen Wochen oder gar Monaten wissen“, so Gerda Hasselfeldt.

Hans-Peter Friedrich wollte die künftige Bundesregierung vor Schaden bewahren, das habe er auch erreicht. Selbst Sigmar Gabriel habe dies eingeräumt. „Man stelle sich nur einmal vor, was passiert wäre, wenn der SPD-Vorsitzende nicht informiert gewesen wäre und Herr Edathy ein Spitzenamt in der Regierung bekommen hätte. Dass nun derjenige den Schaden hat, der Schaden verhindern wollte, ist mehr als bitter. Kritisch zu hinterfragen ist nun zum einen der Umgang der SPD-Parteispitze mit der vertraulichen Information und zum anderen warum sie einen vertraulichen Vorgang öffentlich gemacht hat. Das ist definitiv keine vertrauensbildende Maßnahme. Dieses Verhalten ist eine Hypothek für die Koalition.“



Liebe Leserinnen und Leser!

Den Start in die Zusammenarbeit mit der SPD als neuem Koalitionspartner konnte man sich reibungsloser vorstellen, als wir dies jetzt erleben mussten. Um es klar zu sagen: Die Große Koalition handelt auf Bewährung, aber wir werden deshalb unsere Aufgaben nicht vernachlässigen.

Die CSU-Landesgruppe arbeitet seit Beginn des Jahres konstruktiv an der Umsetzung des gemeinsamen Koalitionsvertrages, denn wir sind überzeugt, dass unsere Vereinbarungen Deutschland gut tun. Wir haben unsere Klau-surtagung in Wildbad Kreuth einzig und alleine dieser Arbeit gewidmet und wollen weiter dem Auftrag gerecht werden, den uns die Wähler gegeben haben: die Zukunft des Landes gestalten. Dafür sind wir auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unserem Koalitionspartner angewiesen. Von jedem, der eine herausgehobene Funktion in dieser Koalition ausfüllt, erwarte ich, dass man eine vertrauliche Information auch mal für sich behalten kann.

Die SPD sollte jetzt die offenen Fragen und Widersprüche klären. Zu welchem Zeitpunkt hat wer, wem, warum etwas über den Fall Edathy gesagt. Unser ehemaliger Bundesminister Hans-Peter Friedrich hat genau diese Aufklärung in eigener Sache geliefert. Er hat vertraulich mit dem Bundesvorsitzenden der SPD geredet, um die SPD und das Land davor zu bewahren, einen Mann in eine hochrangige Funktion kommen zu lassen, der sich im Internet Fotos von unbedeckten Kindern zur Ansicht bestellt. Es ist bitter, dass jemand der Schaden abwenden wollte, schlussendlich selbst Schaden davon trägt.

Mit freundlichen Grüßen

Florian Oßner MdB

Proteste in der Ukraine

Gewalt und Blutvergießen stoppen

Der Bundestag hat am Donnerstag über die eskalierte Lage auf dem Kiewer Maidan-Platz debattiert und die Verantwortlichen in der Ukraine zu einem sofortigen Ende der Gewalt und zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts aufgefordert.

Bundestagspräsident Lammert betonte zu Beginn „alle Beteiligten in den Behörden wie auf den Straßen, auf beiden Seiten der Barrikaden, müssen einsehen, dass sich gewünschte Veränderungen weder durch Gewalt erzwingen noch notwendige Veränderungen dauerhaft mit Gewalt verhindern lassen“. Den Opfern der Gewalt in der Ukraine und ihren Angehörigen sprachen Abgeordnete aller Fraktionen ihr tiefes Mitgefühl aus.

„Die vielen Toten gestern und heute auf dem Maidan stellen einen traurigen Höhepunkt der dramatischen Ereignisse in der Ukraine dar“ so der



Foto: picture alliance/ZUMA Press

außenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Florian Hahn. Der Waffenstillstand habe nicht gehalten und mit der versuchten Erstürmung des Platzes habe die Regierung diese blutige Gewalteskalation in Kauf genommen. Jetzt müsse es darum gehen, den drohenden Bürgerkrieg zu verhindern, so der bayerische Außenpolitiker. Damit alle Beteiligten an den Verhandlungstisch kommen

und Präsident und Regierung echte Verhandlungsbereitschaft zeigen, müsse der Druck auf das Regime erhöht werden. Die Menschen auf dem Maidan schauten auf Europa. Neben ernsthaften Verhandlungen müsse es eine Übergangsregierung geben, die den Weg für schnelle Neuwahlen freimacht. „Die Oligarchen müssen entmachtet und die Korruption bekämpft werden“. Wir hoffen, dass die Menschen auf dem Maidan die Kraft haben durchzuhalten – so friedlich wie möglich, sagte Hahn. „Als Deutsche wissen wir, dass sich diese Beharrlichkeit auszahlen kann.“

Diese Woche

Edathy-Affäre „Wir fordern Aufklärung“	1
Proteste in der Ukraine Gewalt und Blutvergießen stoppen	2
Bundestags-ABC Was ist eigentlich... eine Aktuelle Stunde?	2
Neuer CSU-Minister im Kabinett Christian Schmidt zum neuen Agrarminister ernannt	3
Neue Aufgaben Friedrich wird stellvertretender Fraktionsvorsitzender	3
NSA-Untersuchungsausschuss Noch kein gemeinsamer Antrag	3
Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2013 Lebensverhältnisse in Ost und West haben sich verbessert	4
Fragen und Antworten zum Thema Steuerhinterziehung	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Pleyer Landshut

Verantwortliche Redakteurin: Christina Harbusch
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212

Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de

internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestags-ABC

Was ist eigentlich...eine Aktuelle Stunde?

Hätten Sie es gewusst? Wir bringen Licht in das Dunkel aus Polit-Phrasen, Verwaltungs-Deutsch und Abkürzungen. In der vergangenen Woche standen auf der Tagesordnung des Plenums zwei Aktuelle Stunden.

Die eine kam auf Verlangen CDU/CSU, SPD zustande und thematisierte den „Umgang in der Bundesregierung und im Deutschen Bundestag mit den Vorwürfen



Foto: picture alliance/chromorange

gegen Sebastian Edathy“. Die andere entstand auf Verlangen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und befasste sich mit der „Haltung der Bundesregierung bei der Zulassung der Gemaislinie 1507 und zur Sicherstellung der Wahlfreiheit in Bezug auf gentechnikfreie Lebensmittel“. Wenn ein bestimmtes Thema ganz aktuell von allgemeinem Interesse ist, können eine Fraktion oder mindestens fünf Prozent der Abgeordneten im Vorfeld einer Bundestagssitzung eine „Aktuelle Stunde“ zu diesem Thema beantragen oder sich im Ältestenrat darauf verständigen. In einer „Aktuellen Stunde“ werden also Themen von aktuellem Interesse dis-

kutiert. Es gibt aber noch einen zweiten Weg zu einer Aktuellen Stunde: Gibt es nach einer Regierungsbefragung noch Diskussionsbedarf zu einem dort aufgeworfenen

Thema, können Fraktionen oder Abgeordnete in Fraktionsstärke (mindestens fünf Prozent) ebenfalls eine Aktuelle Stunde verlangen. Eine solche muss dann unmittelbar nach der Fragestunde stattfinden. Aktuelle Stunden sind meist sehr lebhaft Debatten, dafür sorgen schon die besonderen Regeln: Die Abgeordneten dürfen jeweils nicht länger als fünf Minuten reden und insgesamt darf die Aktuelle Stunde auch nur eine Stunde dauern. Die Redezeit von Regierungs- und Bundesratsvertretern ist von dieser Regelung allerdings ausgenommen, so dass Aktuelle Stunden tatsächlich oft länger als 60 Minuten dauern.

Neuer CSU-Minister im Kabinett

Christian Schmidt zum neuen Agrarminister ernannt

Pünktlich um neun Uhr eröffnete Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert am vergangenen Donnerstag das Plenum. Erster Tagesordnungspunkt war die Eidesleistung des neuen Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt (CSU).

Der bisherige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hatte am Montag in Schloss Bellevue die Ernennungsurkunde von Bundespräsident Joachim Gauck erhalten. Der 56-jährige Jurist und CSU-Abgeordnete aus dem Wahlkreis Fürth gehört der Bundesregierung bereits seit 2005 an. Acht Jahre lang, bis 2013, war er Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, ehe er im Dezember 2013 als Parlamentarischer Staatssekretär in das Entwicklungsministerium wechselte.

„Christian Schmidt ist eine sehr gute Wahl“, so die Landesgruppensit-



Foto: Bundesregierung/Steins

Christian Schmidt bei seiner Ernennung zum Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft

zende Gerda Hasselfeldt. „Er ist ein sehr erfahrener Kollege aus einem ländlich geprägten Wahlkreis, hat also seine ganze politische Karriere viele Berührungspunkte mit dem Thema

Landwirtschaft“. Seit 1990 gehört Schmidt dem Bundestag an. Seither wurde er in seinem Wahlkreis stets direkt gewählt. Seit 2011 ist Schmidt auch stellvertretender Vorsitzender der CSU.

Die Sache, um die es ihm gehe, sei, die Vielfalt des Lebens, der Lebens- und Erwerbsthemen auf dem Lande zu sichern, keine Einheitsvorgaben zu machen, die Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklungsfähigkeit genauso wie der Tiergesundheit, die Erhaltung hoher Qualitäts- und Sicherheitsstandards bei Lebensmitteln und ein wertgebundenes Verständnis der Landwirtschaft, schreibt der neue Minister auf seiner Homepage.

Neue Aufgaben



Foto: Henning Schacht

Dr. Hans-Peter Friedrich



Foto: Henning Schacht

Thomas Silberhorn

Friedrich wird stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Nach der Ernennung von Christian Schmidt zum neuen Bundesminister wählte die CSU-Landesgruppe auf ihrer Sitzung am 17. Februar den bisherigen Bundesminister Hans-Peter Friedrich einstimmig zum neuen Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion. Er wird damit für den Bereich Europa verantwortlich sein.

Die Wahl war notwendig geworden, weil Thomas Silberhorn als einer der bisherigen Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden künftig als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung tätig sein wird. Die Entwicklungspolitik ist Silberhorn nicht unbekannt. Bis vor wenigen Wochen war er Sprecher der CSU-Landesgruppe für internationale Fragen. „Zwar hatte ich mich schon auf die neue Aufgabe für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gefreut“, so Silberhorn. „Jetzt bleibe ich nun doch der internationalen Politik erhalten. Sie ist nicht weniger anspruchsvoll. Deutschland ist in der Entwicklungspolitik hinter den USA der zweitgrößte Akteur weltweit.“

NSA-Untersuchungsausschuss



Foto: picture alliance/dpa

Noch kein gemeinsamer Antrag

Mit der Spähaffäre rund um den amerikanischen Geheimdienst NSA wird sich ein Untersuchungsausschuss des Bundestages beschäftigen. Die Koalitionsfraktionen aus CDU/CSU und SPD unterstützen ein entsprechendes Anliegen der Opposition. Obwohl die Anträge beider Seiten für den Ausschuss nicht sehr weit auseinanderliegen, gelang eine Einigung auf einen gemeinsamen Antrag bislang nicht. Der Untersuchungsausschuss soll nach dem Willen der Koalition klären, wie und in welchem Umfang die Nachrichtendienste der USA und Großbritanniens seit 2001 massenhaft und anlassunabhängig Kommunikationsdaten in und aus Deutschland erfasst haben. Geprüft werden soll auch, ob staatliche Stellen hierzulande davon wussten.

Im Detail geht es um Fragen, inwieweit Telefongespräche, SMS, E-Mails, soziale Netzwerke und Kontobewegungen von Bürgern ausgespäht wurden. Es soll geklärt werden, welche Computerprogramme dafür genutzt wurden, ob diplomatische Vertretungen involviert waren und ob auch Wirtschaftsspionage betrieben wurde.

Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2013

Lebensverhältnisse in Ost und West haben sich verbessert

Am Freitag hat sich der Deutsche Bundestag mit dem Stand der Deutschen Einheit beschäftigt. Anlass für die Debatte im Plenum ist der Jahresbericht 2013 der Bundesregierung zu diesem Thema.

2014 erinnern wir uns nicht nur an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren und den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren. Sondern wir denken auch an den Umbruch in Osteuropa, der vor 25 Jahren seinen unaufhaltsamen Lauf nahm – auch im geteilten Deutschland. Ein Meilenstein war das von dem CSU-Europaabgeordneten Otto von Habsburg veranstaltete „Paneuropäische Picknick“ am 19. August 1989 bei Sopron. Etwa 700 DDR-Bürger nutzten eine kurze Öffnung des Eisernen Vorhangs, um in den Westen und damit in die Freiheit zu flüchten. Wenig später fiel die Mauer, nicht einmal ein Jahr danach war Deutschland wiedervereint.

Fast eine Generation nach der Wiedervereinigung haben sich nach Darstellung der Bundesregierung „die ökonomischen Lebensverhältnisse in den ost- und westdeutschen Bundes-



Foto: picture alliance / Frederic Scheidemann

ländern, insbesondere der materielle Wohlstand, deutlich verbessert“, heißt es in dem Bericht. „Die Basis für den erreichten materiellen Wohlstand bildet eine zunehmend auch international wettbewerbsfähige Wirtschaft“, so die Regierung weiter.

Der Osten habe heute eine moderne Infrastruktur mit gut ausgebauten Verkehrswegen und leistungsfähigen Energienetzen sowie eine „hervorragende öffentliche Wissenschaftsinfrastruktur, die aus einem dichten Netz von Hochschulen und Forschungseinrichtungen besteht“. Der Anglei-

chungsprozess an das Wirtschaftsniveau in Westdeutschland habe sich in den vergangenen Jahren allerdings deutlich verlangsamt.

Zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen dem Bericht zufolge noch spürbare Unterschiede in der Wirtschaftskraft je Einwohner, den Löhnen und Gehältern fort. Gleiches gelte für das Steueraufkommen je Einwohner. Die Arbeitslosenquote liege immer noch deutlich über dem Niveau Westdeutschlands, sei aber selbst in der Wirtschafts- und Finanzkrise weiter gesunken.

Fragen und Antworten zum Thema Steuerhinterziehung

In jüngster Zeit haben erneut Prominente von sich reden gemacht, die ihr Geld dem Fiskus entzogen und in Steueroasen angelegt haben. In einer Debatte wurde die Frage gestellt, ob die Selbstanzeige, mit der Steuersünder einer Strafe entgehen können, dem Staat tatsächlich noch dient.

Gilt im Falle der Selbstanzeige das Steuergeheimnis nicht?

Doch, es gilt. Hiervon profitieren alle Bürger: Die Finanzbehörden sind zur Verschwiegenheit verpflichtet, auch was die Selbstanzeige angeht. Dies bedeutet: Wer als Amtsträger prominente Namen an die Presse weitergibt, verletzt das Steuergeheimnis – eine Straftat, die mit Freiheitsentzug oder Geldbuße bewehrt ist.

Warum wird die strafbefreiende Selbstanzeige nicht abgeschafft?

Bei einer Abschaffung würde die Aufklärung von Steuerstraftaten erheblich erschwert. Das Steuerrecht



Foto: picture alliance / chromorange

Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt

verpflichtet zwar zur umfassenden Mitwirkung bei der Ermittlung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse. Das Strafrecht hingegen räumt dem Beschuldigten das Recht ein, sich nicht selbst belasten zu müssen. Das gilt auch für Steuerhinterzieher. Das bedeutet, im Falle einer Abschaffung der strafbefreienden Selbstanzeige müssten sich Steuersünder künftig nicht mehr selbst be-

lasten, sondern könnten einfach schweigen. Die Behörden stünden dann vor erheblichen Beweisproblemen.

Was würde bei einer Abschaffung der Selbstanzeige passieren?

Verschleierte Steuerquellen blieben weiterhin unbekannt. Täter behielten ihr dem Finanzamt vorenthaltenes Vermögen. Trotz fortschreitender Technik und bestehender Amts- und Rechtshilfeabkommen erfahren die Strafverfolgungsstellen vor allem über Selbstanzeigen von unbekanntem Steuerquellen wie ausländische Geldanlagen, Unternehmensbeteiligungen, Einnahmen aus bargeldintensiven Gewerben oder dem Internethandel.